

Zur Friedensnobelpreisverleihung

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Vertreter Osttimors war ein herber Schlag ins Gesicht der indonesischen Regierung. Alle Bemühungen, der Welt weiszumachen, die Integration Osttimors sei vollzogen, waren mit einem Schlag wieder zunichte gemacht. Umgehend fingen sie damit an, Jose Ramos Horta als politischen Abenteurer zu diffamieren und am Urteilsvermögen des Preiskomitees zu zweifeln. Der Gouverneur Osttimors schrieb gar einen Beschwerdebrief nach Oslo.

Mit dem Versuch, auch Bischof Belo zu diskreditieren, wartete die Regierung bis nach dem Staatsbesuch von Helmut Kohl. Äußerungen, die Bischof Belo gegenüber dem Spiegel gemacht hatte, wurden dazu benutzt, eine Kampagne gegen ihn zu entfachen. Wie gehabt, benutzte die Regierung ihr nahestehende Jugendbanden, die bei einem Besuch Bischof Belos in Jakarta gegen ihn demonstrierten. Parlamentsabgeordnete und Ministeriumvertreter forderten gar, Bischof Belo solle sich vor einem Untersuchungsausschuß verantworten.

Was hat der Bischof getan? Er hat ge-

wagt klar auszusprechen, was es nämlich heißt, daß in Osttimor die Menschenrechtslage nicht zufriedenstellend ist: Die Menschen werden in ihren alltäglichen Bedürfnissen an Leib und Seele verletzt. Es herrscht ein Klima der Unterdrückung, Menschen werden gefoltert und es passieren die scheußlichsten Dinge, weil sie sich dagegen wehren, wie räudige Hunde behandelt zu werden und sich für ein menschenwürdiges Dasein einsetzen. Das Hauptübel ist das Militär, es genießt Privilegien, die zu ungeheurem Machtmißbrauch verleiten. Damit hatte der Bischof bei der indonesischen Regierung den Nerv getroffen.

Die Anti-Belo Demonstrationen riefen Demonstrationen in Dili hervor und als Bischof Belo dann am Samstag, den 16.11. wieder nach Osttimor zurückkehrte, kam es zur größten Volkserhebung seit der völkerrechtswidrigen Besetzung durch Indonesien vor 21 Jahren. Dem indonesischen Repressionsapparat zum Trotz gingen 60.000 bis 70.000 OsttimoresInnen auf die Straße und stellten sich hinter Bischof Belo. Nie zuvor hat es eine Kundgebung in dieser Größenord-

nung gegeben. Das von der indonesischen Regierung entfachte Feuer drohte zu einem nicht mehr zu kontrollierendem Flächenbrand zu werden.

Umgehend ist der indonesische Außenminister Ali Alatas beim Vatikan vorstellig geworden und hat die Abberufung von Bischof Belo verlangt. Der Vatikan, vertreten durch den Außenminister Monsignor Jean Louis Tauran, sollte der indonesischen Regierung insoweit entgegen gekommen sein, daß er einstimmt, Bischof Belo solle sich aus der Politik heraushalten, so vermeldet die indonesische Nachrichtenagentur Antara. Er hat wohl die Pflicht, Menschenrechtsverletzungen in Osttimor nachzugehen, aber er darf dabei nicht politische Angelegenheiten untersuchen.

Nun, Osttimor ist ein politischer Konflikt und Menschenrechtsverletzungen die Reaktion der indonesischen Besatzer auf den anhaltenden Widerstand der OsttimoresInnen und ihre Forderung nach dem Recht auf Selbstbestimmung. Eines kann nicht losgelöst vom Anderen betrachtet werden, oder anders ausgedrückt, eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in Osttimor kann nur konform gehen mit einer Lösung des Konfliktes. Den Spagat, den der Vatikan hier von Bischof Belo verlangt, ist symptomatisch für die Politik der internationalen Staatengemeinschaft gegenüber Indonesien seit Anbeginn des Osttimor-Konfliktes.

Interview mit Florentino Sarmento

Das folgende Interview mit Florentino Sarmento, dem Vizevorsitzenden von Justitia et Pax in Osttimor wurde Anfang September im Rahmen der von Global Exchange organisierten Internationalen Human Rights Fact-finding Mission anlässlich der Unruhen vom 27. Juli in Jakarta geführt.

Frage: Wie werden die Rechte der Menschen in Osttimor verletzt?

Antwort: Die militärische Intervention der Indonesier erfolgt, um Frieden und Ordnung herzustellen. Nach 20 Jahren sind sie immer noch nicht fertig damit und die Timoresen werden gegeneinander politisch ausgespielt. Die Menschen werden verhaftet, gefoltert, freigelassen und wieder verhaftet. Es gibt große soziale Ungleichheit, aber auch Wachstum in Osttimor. So gibt es heute zum Beispiel viele Osttimoresen mit einer Universitätsausbildung. Gerade von ihnen werden Forderungen und Erwartungen für einen politischen Wandel an die Regierung herangetragen. Doch die Regierung ist noch nicht soweit und reagiert mit Gewalt und Repression.

Wie macht sich die Präsenz des Militärs bemerkbar?

Ich habe früher für die Integration plädiert. Heute würde nicht ein einziger Osttimorese sich für die Integration in

der jetzigen Form aussprechen, die einer militärischen Besetzung gleichkommt. Die Jugendlichen heute reagieren sehr gewalttätig, das macht mich sehr traurig. Sie sind ein Produkt von zwei Dekaden Gewalt und Unterdrückung. Und auch die Kirche ist nicht vor Übergriffen geschützt. Nicht einmal die Kirche ist mehr ein sicherer Ort für die Menschen. Niemand kann entkommen.

Sie sagen, sie hätten früher für Integration plädiert. Welche Vorstellungen hatten Sie damit verbunden?

Um Zugang zu Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit zu bekommen, ist auch Integration ein Weg der Befreiung. Doch diese Befreiung hat noch nicht stattgefunden. Die Idee der Integration war Autonomie: wir verwalten das Gebiet, wir regieren das Land mit unseren eigenen Leuten und unsere kulturelle Identität bleibt gewahrt. Die letzten 20 Jahre waren für die Osttimoresen ein einziges Trauma.

Können Nichtregierungsorganisationen und Menschenrechtsgruppen in Osttimor relativ frei arbeiten?

Solange man den Mund hält ist alles möglich. Es ist schwierig in Osttimor über Menschenrechte zu sprechen, auch mit der Presse sollte man nicht unbedingt reden. Aber wir haben auch eine moralische Verantwortung. Die Menschen in Osttimor sind überwiegend katholisch. Wir bemühen uns die Gebote Gottes zu achten, die da unter anderem sagen "Du sollst nicht töten". Darüber hinaus haben wir auch die Verantwortung zum Töten anderer nicht zu schweigen. Und wir haben immer noch Hoffnung, die Solidarität für Osttimor wächst weltweit und auch die Demokratiebewegung in Indonesien wird stärker werden. Es ist sehr ermutigend, wenn wir wissen, das die Menschen draußen von uns wissen und uns im Herzen haben.

Das Interview führte Monika Schlicher, Mitarbeiterin von Watch Indonesia und Mitglied im Vorstand des Vereins für entwicklungsbezogene Bildung, die an der Untersuchungsreise Anfang September 1996 teilgenommen hatte.

Das Preiskomitee verbindet mit der Vergabe des Nobelpreises an die Vertreter Osttimors die Hoffnung auf eine gerechte und friedliche Lösung des Konfliktes. Doch außer taktischen Spielchen, Diffamierung und Hetzkampagnen hat die indonesische Regierung bislang nichts angeboten. Suharto steht bei der Lösung des Osttimor-Konfliktes mit leeren Händen da. Statt jetzt unmißverständlich auf Gesprächsbereitschaft zu drängen, hat es den Anschein, als ob sich wieder die alte Realpolitik mit ihrer kompromißlosen Abwägung von Interessen durchsetzt. Ob Vatikan, Deutschland oder andere Staaten auf dieser Welt, im Prinzip ist man sich natürlich darüber einig, daß die Annexion völkerrechtswidrig ist und die Menschen in Osttimor unter massiver Verletzung ihrer grundlegenden Rechte leiden. Das bisherige Engagement der Bundesregierung in Sachen Osttimor hat offensichtlich in Jakarta vielmehr den Eindruck aufkommen lassen, einen zuverlässigen Partner zu haben. Ali Alatas verkündete dann auch offen die Erwartung seiner Regierung: Für die Position, daß die Unabhängigkeit Osttimors nur von einer Minderheit gefordert werde, braucht Indonesien bei befreundeten Ländern wie

Deutschland nicht unbedingt Unterstützung, aber doch Verständnis.

Verständnis zeigte die indonesische Seite wiederum dafür, daß Helmut Kohl bei seinem Besuch in Indonesien das Thema Osttimor und Menschenrechte ansprechen mußte, um gewisse Interessengruppe in Deutschland zufriedenzustellen. Schon im Vorfeld ließen die Indonesier verlauten, daß sie sich darauf eingestellt haben und auch die Presse darüber berichten wird. Immer wieder verweist die Bundesregierung darauf, daß sie mit Indonesien in Sachen Menschenrechte einen kritischen Dialog führt. Doch um Druck auf menschenrechtsverletzende Staaten wie Indonesien auszuüben, braucht es mehr als stille Diplomatie. Seit Jahren warten die Menschen dort, und die kritische Öffentlichkeit hier, auf die Früchte dieses Dialoges. Wenn Menschenrechte oder das Thema Osttimor nur in Erfüllung einer lästigen Pflicht angesprochen werden, womöglich noch um einer kritischen Öffentlichkeit zuhause genüge zu tun, dann kann man dies noch nicht eine aktive Menschenrechtspolitik nennen.

Bischof Belo und die Menschen in Osttimor brauchen mehr als Glückwünsche zum Friedensnobelpreis und ein

geradezu schon rituelles Ansprechen der Menschenrechte bei Staatsbesuchen: sie brauchen politisches Engagement, das auf eine einvernehmliche Lösung des Konfliktes drängt. Dazu bedarf es klarer und unmißverständlicher Signale in Richtung Jakarta, Signale die die Botschaft tragen: Wir halten eine Lösung des Osttimor-Konfliktes für oberstes Gebot. Die Kundgebung in Dili ist absolut friedlich verlaufen, es sind nicht die kleinsten Zwischenfälle gemeldet worden. Damit haben die OsttimoresInnen auch noch einmal ganz klar unterstrichen, daß sie einen gewaltfreien Weg beschreiten wollen. Damit am Ende dieses Weges eine gerechte und friedliche Lösung des Osttimor-Konfliktes steht, braucht Bischof Belo und alle, die diese Arbeit in Osttimor tragen, unsere ganze Unterstützung.

Monika Schlicher

Die Verfasserin ist Lehrbeauftragte und Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft / Südasiens-Institut der Universität Heidelberg. Außerdem ist sie Mitglied im Vorstand des Trägervereins.

OSTTIMOR

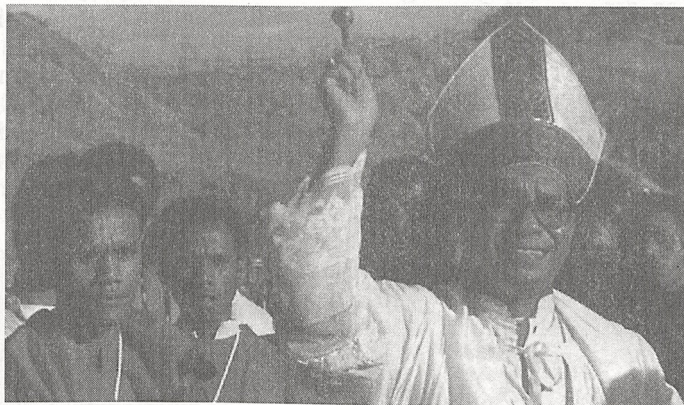
NACHRICHTEN

Portugiesische Petition an die KSZE

Portugiesische Politiker und Intellektuelle haben sich mit einer Petition an die Mitglieder der KSZE gewandt, die zum Gipfeltreffen nach Portugal gekommen sind. Die Petition, die in der portugiesischen Presse am 1. Dezember abgedruckt wurde, ist u.a. unterzeichnet von den früheren Präsidenten, Mario Soares und Antonio Ramalho Eanes sowie den früheren Außenministern Manuel Durao Barroso und Jose Medeiros Ferreira.

Sie fordern die Mitglieder der KSZE dazu auf, die folgenden 3 Maßnahmen ernsthaft und dringlich zu vertreten und umzusetzen: 1. Die Freilassung aller politischen osttimoresischen Gefangenen 2. Keine Waffen mehr an Indonesien zu liefern 3. Sich für einen ständigen UN-Repräsentanten in Osttimor einzusetzen.

vgl: AFP, 2.12.1996



Das Zentrum des Sturms: Osttimors Bischof Belo

"Abmahnung" der EU durch Indonesien

Indonesien drängt die EU, sich nicht in Osttimor einzumischen. In einem Schreiben an den irischen Außenminister Dick Spring (Irland hat zur Zeit den EU-Vorsitz) warnte der indonesische Botschafter die EU vor schwerwiegenden Konsequenzen. Auf dem EU-Außenministertreffen in Brüssel hatte Portugal angeregt, Entwicklungshilfe direkt an Osttimor zu geben. Konkret sollen Projekte zur Trinkwas-

serverversorgung und zur Förderung und Bewahrung der timoresischen Kultur in den Schulen finanziert werden. Botschafter Poedji Koentarso schreibt weiterhin, daß das Eintreten der Europäischen Union für direkte Projekte den Osttimor-Konflikt verschärft und darüber hinaus die Gespräche zwischen Portugal und Indonesien unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen gefährde. Diese Einmischung von außen dient lediglich dem Interesse Portugals.

vgl: rtr, Straitstimes, 27.11.1996

Einreiseverbot für ausländische Journalisten

Die indonesischen Behörden haben 20 in Jakarta ansässigen ausländischen Journalisten die Erlaubnis zum Besuch Osttimors widerrufen. Angaben über die Gründe wurden nicht gemacht. Die Journalisten wollten vom 22.-26. November nach Osttimor reisen, um dort an der feierlichen Einweihung der umstrittenen riesigen Jesus-Statue durch den diesjährigen Friedensnobelpreisträger Bischof Belo teilzunehmen.

vgl: Lusa, 22.11.1996